



Amtsblatt

Nr.06/2018 vom 30. April 2018 – 26. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis:

	Seite	
<u>Bekanntmachungen</u>	3	Einladung zur Sitzung des Rates am 8. Mai 2018
	6	Aufstellung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes – Kettwiger Straße – vom 09.04.2018
	8	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 461.01 – Ansembourgallee – 1. Änderung vom 25.04.2018 --.--.2018
	10	Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 461.01 – Ansembourgallee – 1. Änderung
	11	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung vom 17.04.2018
	13	Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung – vom 17.04.2018
	15	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) vom 12.04.2018
	17	Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) vom 17.04.2018
	19	Entwässerungssatzung vom 23.04.2018
	37	Jahresabschluss der Stadt Velbert 2016 sowie Entlastung des Bürgermeisters
	43	Jahresabschlussprüfung zum 31.12.2016 des Kultur- und Veranstaltungsbetriebes Velbert.

**Das Amtsblatt finden Sie
auch im Internet unter
www.velbert.de**

Das Amtsblatt erscheint mindestens 1 X im Monat (pro Jahr ca. 20 Ausgaben) und ist erhältlich bei der Stadt Velbert, Büro des Bürgermeisters
Bezugsgebühr jährlich inklusive Porto 40,- Euro
(Einzelexemplar 2,- Euro)

Herausgeber: Stadt Velbert – Der Bürgermeister
Verantwortlich: Büro des Bürgermeisters, Hans-Joachim Blißenbach,
Thomasstraße 1, 42551 Velbert,
Telefon: 02051/262207

-
- 47 Öffentliche Zustellung
 - 47 Öffentliche Ausschreibungen

Termine

- 48 Sitzungsplan für die Monate Mai und Juni 2018

Der Bürgermeister

Velbert, den 30.04.2018

E I N L A D U N G
zur **Sitzung des Rates**
am **Dienstag, dem 08.05.2018.**

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsort: Saal Velbert, Rathaus, Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Tagesordnung:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. **Anfragen**
2. **Bestellung des allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters aus dem Kreis der Beigeordneten**
3. **Wahl eines Beigeordneten für das Dezernat I - Stadtentwicklung, Immobilienservice sowie Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing**
4. **Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 669 - Katanienallee -**
- 4.1 **Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 669 - Kastanienallee -
Hier: Stellungnahme der Stadtwerke Velbert vom 20.03.2017
(Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB)**
- 4.2 **Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 669 - Kastanienallee -
Hier: Stellungnahmen des Kreises Mettmann vom 01.04.2015 (frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB), vom 13.04.2017 (Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB) und vom 29.01.2018 (erneute Beteiligung der Behörden nach § 4a Abs. 3 BauGB)**
5. **Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 669 - Kastanienallee - als Satzung**
6. **Beschlussfassung über das erweiterte Exposé zum "Integrierten Handlungskonzept zur Aktivierung der Innenstadt von Velbert-Mitte"**
7. **Änderung der Richtlinien der Stadt Velbert über die Gewährung von Zuwendungen zur Neugestaltung von Außenanlagen und Fassaden in Stadtumbau- und**

Stadterneuerungsgebieten

8. **Neufassung der Satzung der Stadt Velbert über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege**
9. **Fortschreibung der Medienentwicklungsplanung**
10. **Medienentwicklungsplan - Umsetzung von Baumaßnahmen in den Sommerferien 2018**
11. **Städtepartnerschaft**
12. **Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten gem. § 17 Abs. 2 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes (KorruptionsbG)**
13. **Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Velbert zum 31.12.2016 und Entlastung des Bürgermeisters**
14. **Antrag der Fraktion Piraten Partei
Live Übertragung von Sitzungen**
15. **Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH**
16. **Neuwahlen zu den Ausschüssen**
- 16.1 **Neuwahlen zu den Ausschüssen**
17. **Nachträge**
18. **Mitteilungen der Verwaltung**
19. **Verschiedenes**

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

20. **Anfragen**
21. **Abberufung und Bestellung eines Prüfers**
Vorlage 136/2018
22. **Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH**
23. **Nachträge**
24. **Mitteilungen der Verwaltung**
25. **Verschiedenes**
26. **Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Hinweis:

Die angegebenen Vorlagen werden im Ratsinformationssystem bereitgestellt und sind für Rats- und Ausschussmitglieder unter der bekannten Internetadresse abrufbar. Dort kann auch diese Einladung komplett mit sämtlichen verfügbaren Vorlagen als PDF- oder ZIP-Datei abgerufen werden.

Des Weiteren können diese Einladung und die verfügbaren öffentlichen Vorlagen von jedermann im Internet eingesehen werden. Das Ratsinformationssystem ist zu finden unter www.velbert.de und führt über den Sitzungskalender und das Datum der Sitzung zu den gewünschten Dokumenten.

gez. Lukrafka
(Bürgermeister)

Beglaubigt: gez. Welte

Bekanntmachung
über die Aufstellung der
10. Änderung des Flächennutzungsplanes – Kettwiger Straße –
vom 09.04.2018

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 06.02.2018 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Aufstellung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes wird beschlossen. Der Geltungsbereich der Änderung ist aus der Zeichnung ersichtlich, die Bestandteil dieses Beschlusses ist
2. Die 10. Änderung des FNP ersetzt bei Wirksamwerden in ihrem Geltungsbereich die Darstellungen des Flächennutzungsplanes.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung ist gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der vom Rat der Stadt Velbert am 15.03.2005 beschlossenen Richtlinien durchzuführen.

Hinweis: Die Abgrenzung des Geltungsbereichs ist aus beigefügter Übersichtskarte ersichtlich.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

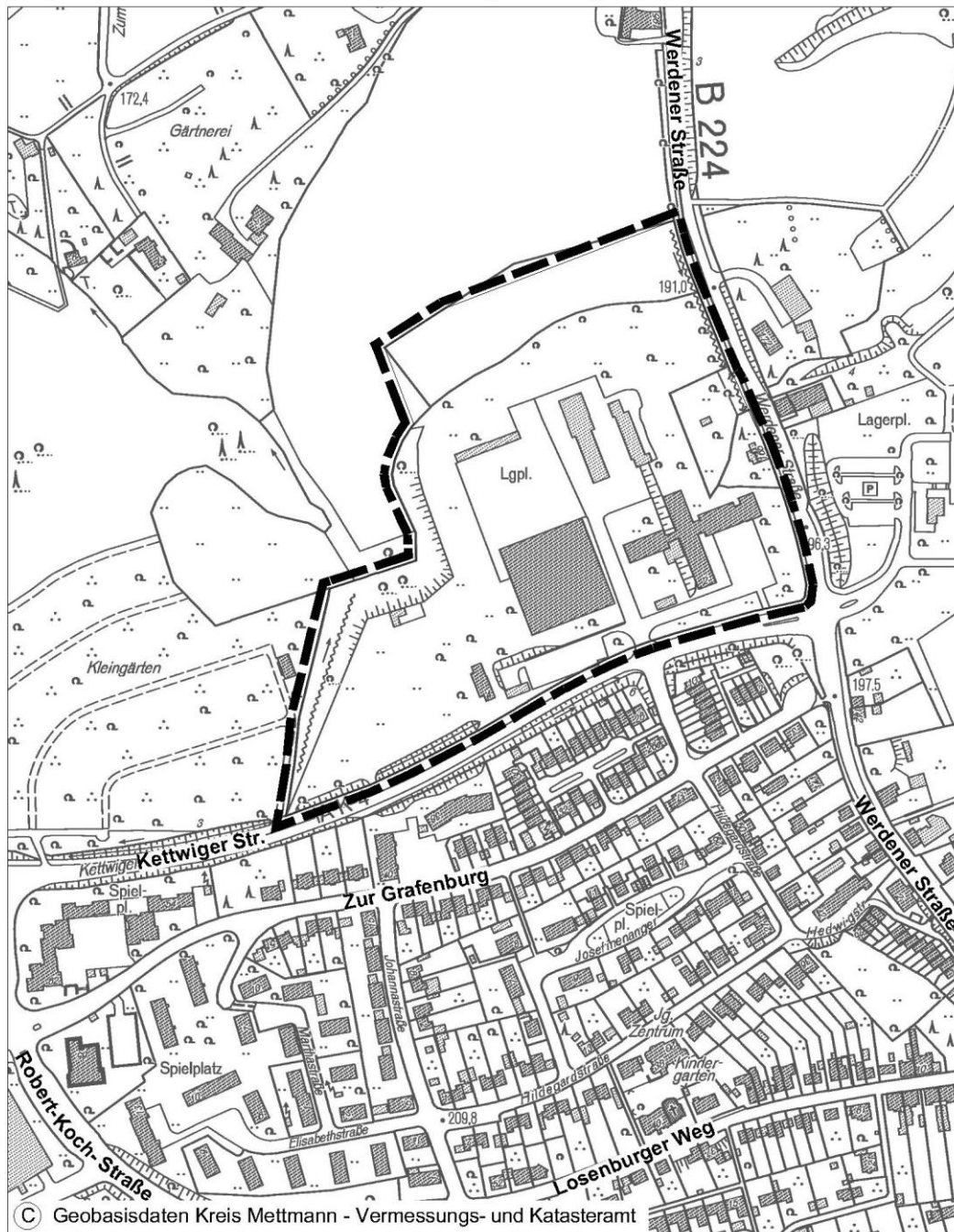
Gemäß § 7 Abs. 6 Gemeindeordnung Nordrhein - Westfalen (GO NRW) kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 09.04.2018

gez. Lukrafka
Bürgermeister

FLÄCHENNUTZUNGSPLAN 10. Änderung - Kettwiger Straße -



Stadtbezirk Velbert - Mitte

Bekanntmachung

**über die Aufstellung des Bebauungsplanes
Nr. 461.01 – Ansembourgallee – 1. Änderung
gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
vom 25.04.2018**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 06.02.2018 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes mit der Bezeichnung Nr. 461.01 - Ansembourgallee - 1. Änderung als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB wird beschlossen.
2. Das Plangebiet in der Gemarkung Neviges, Flur 13 wird begrenzt
 - im Norden durch einen Teilbereich des Flurstücks Nr. 533 (Grundstück der evangelischen Grundschule),
 - im Osten durch die Flurstücke 80, 81 sowie 187,
 - im Süden durch die Flurstücke 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136 und 137 (nördliche Flurstücksgrenzen) sowie Flurstück 702 (Hospitalstraße),
 - und im Westen durch das Flurstück 706 (östliche Flurstücksgrenze), das Flurstück 912 (Tönisheider Straße) und die Flurstücke 908 und 704 (Reiger Weg).
3. Der Bebauungsplan beinhaltet die ehem. Flächen der katholischen Grundschule (Teilbereich des Flurstückes 533) sowie einen Teilbereich der Ansembourgallee, der Tönisheider Straße und des Reiger Weges.
4. Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung ist gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der vom Rat der Stadt Velbert beschlossenen Richtlinien durchzuführen.

Bekanntmachungsanordnung:

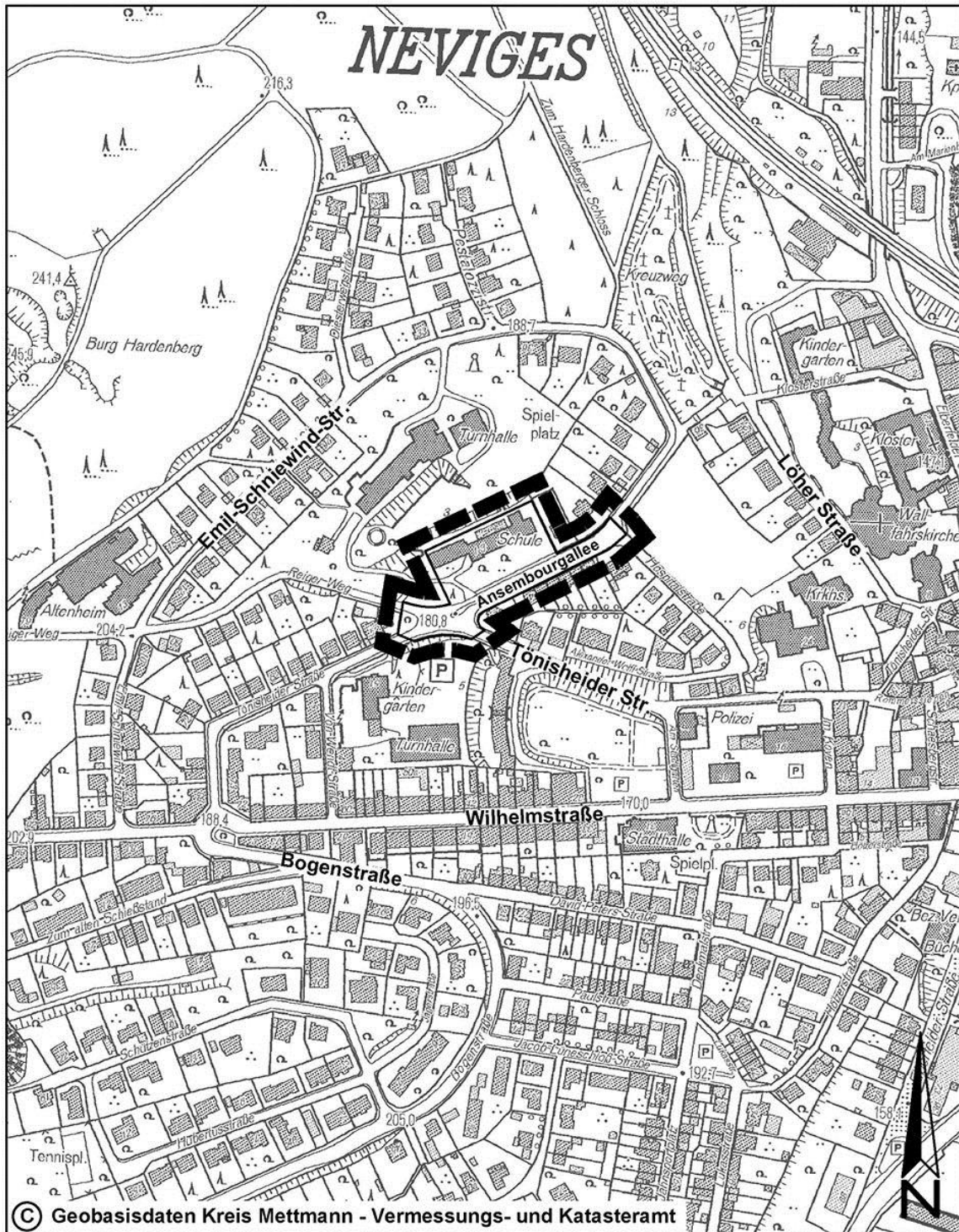
Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 Gemeindeordnung Nordrhein - Westfalen (GO NRW) kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- e) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- f) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- g) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- h) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 25.04.2018
gez. Lukrafka
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert - Neviges



Bebauungsplangebiet Nr. 461.01 - Ansembourgallee -
1. Änderung

Bekanntmachung

**Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zur
Aufstellung des Bebauungsplanes
Nr. 461.01 – Ansembourgallee – 1. Änderung**

Zu der Aufstellung des
Bebauungsplanes Nr. 461.01 – Ansembourgallee – 1. Änderung
findet am

**Mittwoch, dem 16.05.2018 um 17:00 Uhr
im Feuerwehrgerätehaus Neviges,
Siebeneicker Straße 19, 42553 Velbert**

die gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit den vom Rat der Stadt Velbert beschlossenen Richtlinien vorgeschriebene frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit statt.

Dabei werden die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung von der Verwaltung dargelegt und der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, sich zu äußern und die Planungsvorschläge zu erörtern.

Eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung hängen die Pläne zur Vorabinformation bereits im Veranstaltungsraum aus.

Die ungefähre Umgrenzung des Plangebietes ist aus der dieser Bekanntmachung beigefügten Übersichtsskizze ersichtlich.

Weitere Informationen finden Sie zum Zeitpunkt der Veranstaltung unter:
www.stadtplanung.velbert.de

Velbert, 23.04.2018

gez. Hübinger
Vorsitzender des Bezirksausschusses
Velbert-Neviges

Bekanntmachung
über die Aufstellung des
Bebauungsplans Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung
vom 17.04.2018

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 10.04.2018 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung – nach § 13 BauGB wird beschlossen.
2. Das Plangebiet wird begrenzt:
 - im Norden durch den Memeler Weg,
 - im Osten durch die östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1482 (Flur 47, Gemarkung Velbert)
 - im Süden durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1482 (Flur 47, Gemarkung Velbert)
 - im Westen durch die westlichen Flurstücksgrenzen des Flurstücks 1482 (Flur 47, Gemarkung Velbert)
3. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung.
4. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung einschließlich Begründung wird zugestimmt.
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung mit Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
6. Der Bebauungsplan Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg –.

Hinweis:

Die Abgrenzung des Geltungsbereichs ist aus beigefügter Übersichtskarte ersichtlich.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 7 Abs. 6 Gemeindeordnung Nordrhein - Westfalen (GO NRW) kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

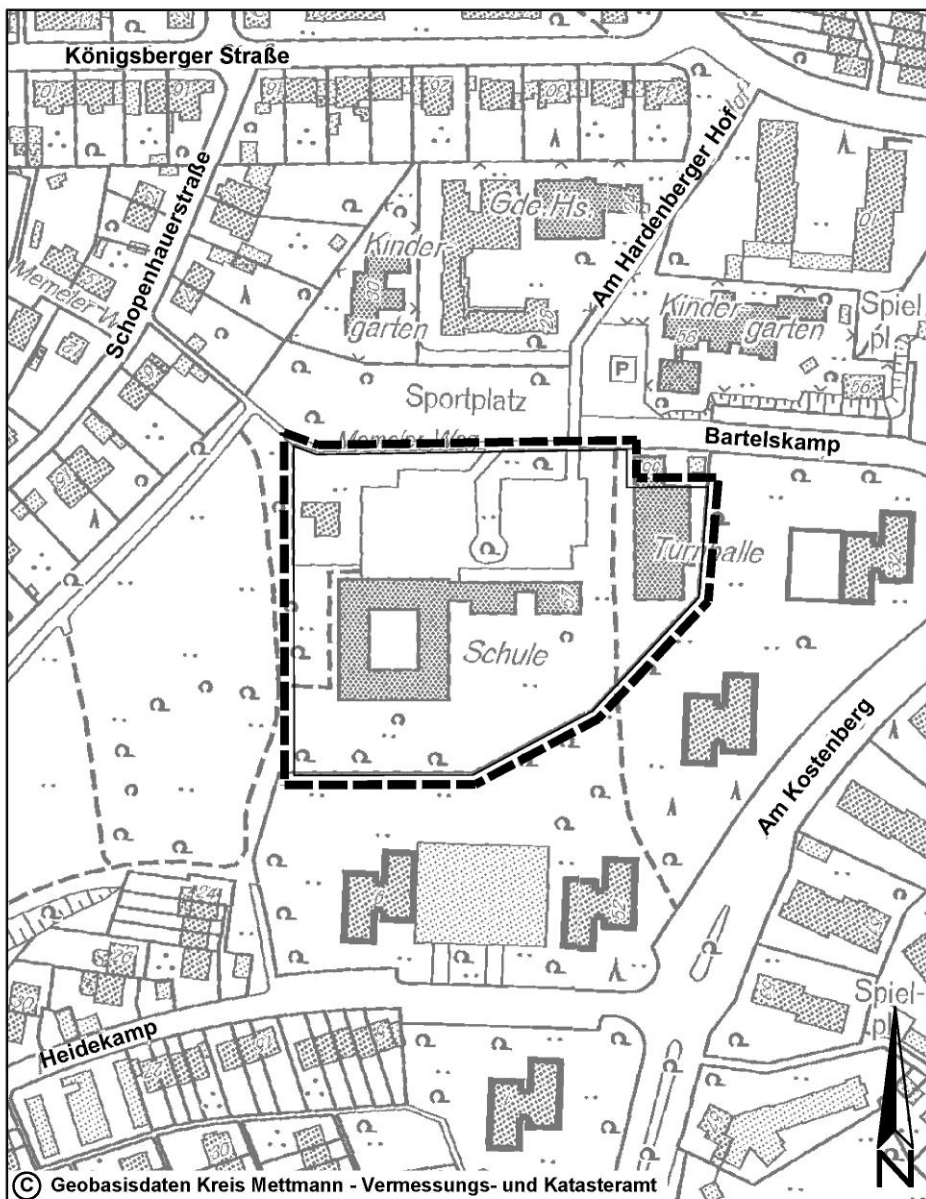
- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 17.04.2018

gez. Lukrafka
Bürgermeister

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 625 1. Änderung - Gemeindezentrum Kostenberg -

**Bekanntmachung
über die öffentliche Auslegung des
Bebauungsplanentwurfes Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg
– 1. Änderung –
vom 17.04.2018**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 10.04.2018 folgenden Beschluss gefasst:

- 1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung – nach § 13 BauGB wird beschlossen.**
2. Das Plangebiet wird begrenzt:
 - im Norden durch den Memeler Weg,
 - im Osten durch die östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1482 (Flur 47, Gemarkung Velbert)
 - im Süden durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 1482 (Flur 47, Gemarkung Velbert)
 - im Westen durch die westlichen Flurstücksgrenzen des Flurstücks 1482 (Flur 47, Gemarkung Velbert)
- 3. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung.**
- 4. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung einschließlich Begründung wird zugestimmt.**
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung mit Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
6. Der Bebauungsplan Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg –.

Die ungefähre Umgrenzung des Plangebietes ist aus der dieser Bekanntmachung beigefügten Karte ersichtlich.

Der Bebauungsplan Nr. 625.01 – Gemeindezentrum Kostenberg – 1. Änderung – wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Der o.a. Bebauungsplanentwurf liegt gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB mit Begründung in der Zeit

vom **08.05.2018** bis einschließlich **07.06.2018**

während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert, und zwar

Montag	8.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag und Mittwoch	8.00 bis 15.00 Uhr
Donnerstag	8.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	8.00 bis 12.00 Uhr

im Rathaus, Gebäude Thomasstr. 7, Planungsamt 3.1, Etage 0, 42551 Velbert, öffentlich aus.

Zu dem o. a. Bebauungsplanentwurf finden Sie die vorgenannten und weitere Informationen auch unter: www.stadtplanung.velbert.de

Soweit in diesem Bebauungsplan Bezug genommen wird auf technische Regelwerke – VDI-Richtlinien, DIN-Vorschriften sowie Richtlinien anderer Art,- so werden diese zu jedermanns Einsicht bei der vorgenannten auslegenden Stelle bereitgehalten.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht (**bis zum 07.06.2018**) abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über diesen Bauleitplan (gem. § 4a Abs.6 BauGB) unberücksichtigt bleiben können, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplanes nicht von Bedeutung ist.

Der vorstehende Offenlagebeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Velbert, den 17.04.2018

gez. Lukrafka
Bürgermeister

**Bekanntmachung
über die Aufstellung des
Bebauungsplans Nr. 664 – Knickmeyerstraße –
1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße)**

vom 12.04.2018

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 10.04.2018 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) nach § 13 BauGB wird beschlossen.
2. Das Plangebiet umfasst das Flurstück 233 sowie Teile des Flurstücks 197 (Flur 5, Gemarkung Velbert)
3. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße).
4. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) einschließlich Begründung wird zugestimmt.
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) mit Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
6. Der Bebauungsplan Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 664 - Knickmeyerstraße -.

Hinweis:

Die Abgrenzung des Geltungsbereichs ist aus beigefügter Übersichtskarte ersichtlich.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

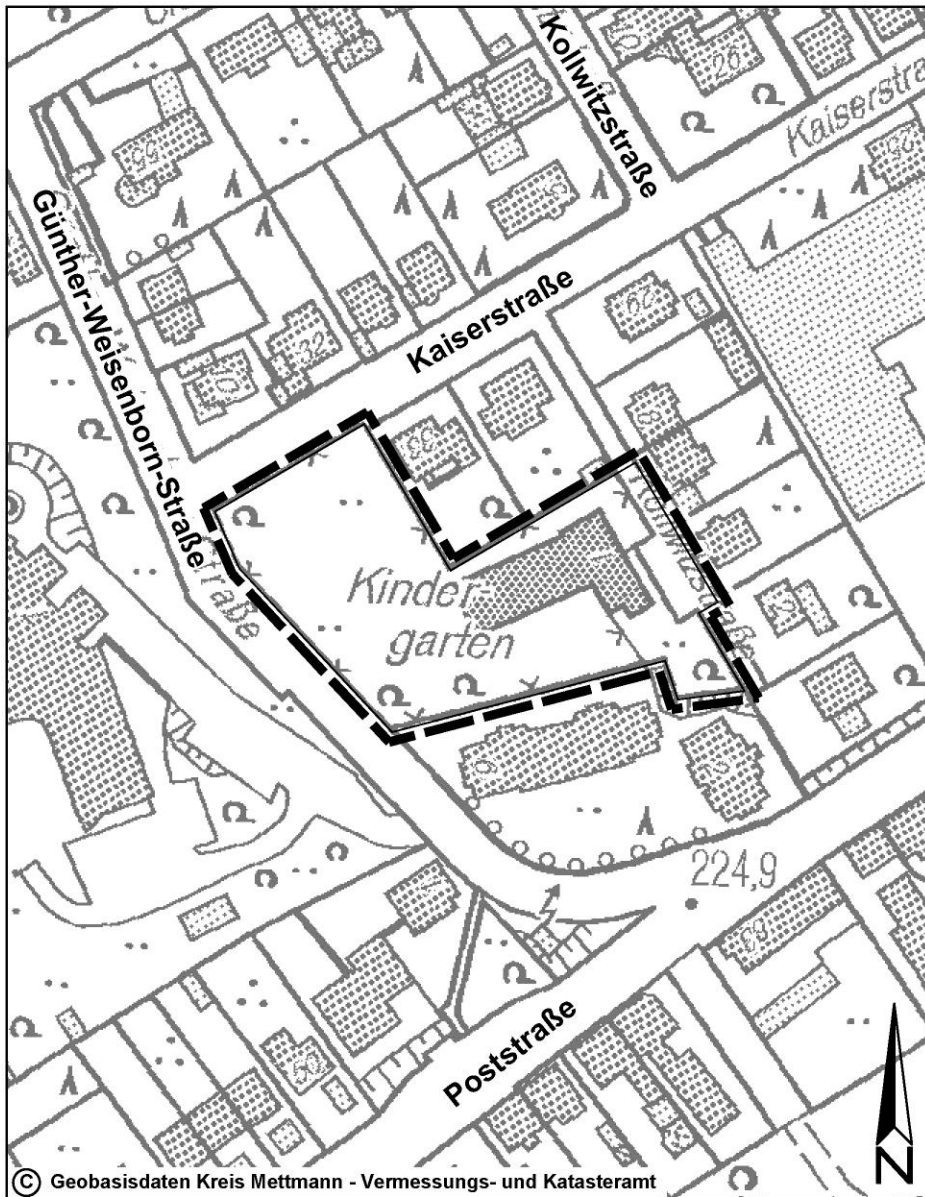
Gemäß § 7 Abs. 6 Gemeindeordnung Nordrhein - Westfalen (GO NRW) kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebenen Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, den 12.04.2018

gez. Lukrafka (Bürgermeister)

Stadtbezirk Velbert-Mitte



Bebauungsplangebiet Nr. 664 1. Änderung - Knickmeyerstraße -

**Bekanntmachung
über die öffentliche Auslegung des
Bebauungsplanentwurfes Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-
Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße)
vom 17.04.2018**

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 10.04.2018 folgenden Beschluss gefasst:

1. **Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) nach § 13 BauGB wird beschlossen.**
2. Das Plangebiet umfasst das Flurstück 233 sowie Teile des Flurstücks 197 (Flur 5, Gemarkung Velbert)
3. **Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße).**
4. **Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) einschließlich Begründung wird zugestimmt.**
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) mit Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
6. Der Bebauungsplan Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 664 - Knickmeyerstraße -.

Die ungefähre Umgrenzung des Plangebietes ist aus der dieser Bekanntmachung beigefügten Karte ersichtlich.

Der Bebauungsplan Nr. 664 – Knickmeyerstraße – 1. Änderung (Günther-Weisenborn-Straße / Kollwitzstraße) wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Der .a. Bebauungsplanentwurf liegt gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB mit Begründung in der Zeit

vom **08.05.2018** bis einschließlich **07.06.2018**

während der Dienststunden der Stadtverwaltung Velbert, und zwar

Montag	8.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag und Mittwoch	8.00 bis 15.00 Uhr
Donnerstag	8.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	8.00 bis 12.00 Uhr

im Rathaus, Gebäude Thomasstr. 7, Planungsamt 3.1, Etage 0, 42551 Velbert, öffentlich aus.

Zu dem o. a. Bebauungsplanentwurf finden Sie die vorgenannten und weitere Informationen auch unter: www.stadtplanung.velbert.de

Soweit in diesem Bebauungsplan Bezug genommen wird auf technische Regelwerke – VDI-Richtlinien, DIN-Vorschriften sowie Richtlinien anderer Art,- so werden diese zu jedermanns Einsicht bei der vorgenannten auslegenden Stelle bereitgehalten.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht (**bis zum 07.06.2018**) abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über diesen Bauleitplan (gem. § 4a Abs.6 BauGB) unberücksichtigt bleiben können, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplanes nicht von Bedeutung ist.

Der vorstehende Offenlagebeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Velbert, den 17.04.2018

gez. Lukrafka
Bürgermeister

Entwässerungssatzung des Kommunalunternehmens Technische Betriebe Velbert AöR

vom 23.04.2018

Aufgrund der §§ 7, 8, 9 und 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. 1994, S.666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25.06.2015 (GV.NRW. 2015 S.496), in der jeweils gültigen Fassung; des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S.2585, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.08.2016 – BGBl. I 2016, S.1972), in der jeweils gültigen Fassung sowie des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2012 (BGBl. I S.212), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 04.04.2016 (BGBl. I S.569), in der jeweils gültigen Fassung sowie der §§ 43 ff. des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen(LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.6.1995 (GV.NRW.1995 S.926), neu gefasst durch Artikel 1 des Gesetzes vom 08.07.2016 (GV.NRW.2016 S.559 ff), in der jeweils gültigen Fassung sowie der §§ 2, 10 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV.NRW.1969 S.712) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 08.09.2015 (GV.NRW.2015 S. 666), in der jeweils gültigen Fassung sowie der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser vom 17.10.2013 (GV.NRW.2013 S. 601 ff) im Satzungstext bezeichnet als SÜwVO Abw NRW 2013) zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 08.07.2016 (GV.NRW.2016 S. 559 ff); in der jeweils gültigen Fassung sowie das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1997 (BGBl. I 1997, S. 602), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 55 des Gesetzes vom 18.07.2016 (BGBl. I 2016, S. 1666), in der jeweils gültigen Fassung in Verbindung mit der Satzung für das Kommunalunternehmen „Technische Betriebe Velbert AöR“ der Stadt Velbert vom 07.03.2018 hat der Verwaltungsrat der TBV AöR am 19.04.2018 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Abwasserbeseitigungspflicht der TBV AöR umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Stadtgebiet Velbert anfallenden Abwassers sowie die Übergabe des Abwassers an den zuständigen Wasserverband.
- (2) Die TBV AöR stellt zum Zweck der Abwasserbeseitigung im Stadtgebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der städtischen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände die erforderlichen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (öffentliche Abwasseranlage). Die öffentlichen Abwasseranlagen bilden eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (3) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Erneuerung, Änderung, Sanierung oder Beseitigung bestimmt die TBV AöR im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht.
- (4) Zur Abwasserbeseitigung durch die TBV AöR gehört ferner die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen für häusliches Schmutzwasser), die nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne des § 1 Abs. 2, Satz 2 zählen, nach Maßgabe der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und Abwassersammelgruben im Stadtgebiet Velbert vom 21.12.2016 in der jeweils gültigen Fassung.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Satzung bedeuten:

1. Abwasser:

Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Abs. 1 WHG.

2. Schmutzwasser:

Schmutzwasser ist nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten nach § 54 Abs. 1 Satz 2 WHG auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

3. Niederschlagswasser:

Niederschlagswasser ist nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser.

4. Mischsystem:

Im Mischsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam gesammelt und fortgeleitet.

5. Trennsystem:

Im Trennsystem werden Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und fortgeleitet.

6. Öffentliche Abwasseranlage:

- a) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle von der TBV AöR selbst oder in ihrem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie der Verwertung oder Beseitigung der bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände dienen. Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören auch dezentrale öffentliche Versickerungsanlagen für Niederschlagswasser sowie Auf- bzw. Ableitungsgräben wie z. B. Straßen- bzw. Wegeseitengräben, die zum Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage gewidmet worden sind.
- b) Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage gehören die Anschlussleitungen. (s. Ziffer 7).
- c) In den Gebieten, in denen die Abwasserbeseitigung durch ein Druckentwässerungsnetz erfolgt und sich Teile eines solchen Netzes auf den Privatgrundstücken befinden, gehören die Hausanschlussleitungen (s. Ziffer 7 b) einschließlich der Druckstationen nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.
- d) Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung zählt die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben), die in der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben im Stadtgebiet Velbert vom 21.12.2016 in der jeweils gültigen Fassung, geregelt ist.
- e) Die TBV AöR kann zum Zwecke der Abwasserableitung Zusammenschlüsse gemäß § 50 LWG NRW mit Dritten eingehen. Im Rahmen eines solchen Zusammenschlusses kann die TBV AöR Betriebsleistungen auch an den Anlagenteilen des Dritten erbringen, ohne dass diese Anlagenteile damit Bestandteil des öffentlichen Kanalnetzes werden.

7. Anschlussleitungen:

Unter Anschlussleitungen im Sinne dieser Satzung werden Grundstücksanschlussleitungen und Hausanschlussleitungen verstanden.

- a) Grundstücksanschlussleitungen sind die Leitungen vom öffentlichen Sammler bis zur Grenze des jeweils anzuschließenden Grundstücks. Sie sind Bestandteil der privaten Abwasseranlage.
- b) Hausanschlussleitungen sind Leitungen von der privaten Grundstücksgrenze bis zu dem Gebäude auf dem Grundstück, in dem Abwasser anfällt. Zu den Hausanschlussleitungen gehören auch Leitungen unter der Bodenplatte des Gebäudes auf dem Grundstück, in dem Abwasser anfällt sowie Schächte und Inspektionsöffnungen. Bei Druckentwässerungsnetzen ist die Druckstation (inklusive Druckpumpe) auf dem privaten Grundstück Bestandteil der Hausanschlussleitung.

8. Haustechnische Abwasseranlagen:

Haustechnische Abwasseranlagen sind die Einrichtungen, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung, Rückhaltung und Ableitung des Abwassers auf dem Grundstück dienen. Sie gehören nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.

9. Druckentwässerungsnetz:

Druckentwässerungsnetze sind zusammenhängende Leitungsnetze, in denen der Transport von Abwasser einer Mehrzahl von Grundstücken durch von Pumpen erzeugten Druck erfolgt; die Pumpen und Pumpenschächte sind regelmäßig technisch notwendige Bestandteile des jeweiligen Gesamtnetzes, sie sind jedoch Bestandteil der Hausanschlussleitung, die nicht zur öffentlichen Abwasseranlage gehört.

10. Abscheider:

Abscheider sind Fettabscheider, Leicht- und Schwerflüssigkeitsabscheider, Stärkeabscheider und ähnliche Vorrichtungen, die das Eindringen schädlicher Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage durch das Abscheiden aus dem Abwasser verhindern.

11. Anschlussnehmer:

Anschlussnehmer ist der Eigentümer eines Grundstücks, das an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist. § 21 Absatz 1 gilt entsprechend.

12. Indirekteinleiter:

Indirekteinleiter ist derjenige, der Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder sonst hineingelangen lässt (vgl. § 58 WHG).

13. Grundstück:

Grundstück ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen, so kann die TBV AöR für jede dieser Anlagen die Anwendung der für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung verlangen.

§ 3 Anschlussrecht

Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt Velbert liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, von der TBV AöR den Anschluss seines Grundstücks an die bestehende öffentliche Abwasseranlage zu verlangen (Anschlussrecht).

§ 4 Begrenzung des Anschlussrechts

- (1) Das Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die an eine betriebsfertige und aufnahmefähige öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden können. Dazu muss die öffentliche Abwasserleitung in unmittelbarer Nähe des Grundstücks oder auf dem Grundstück verlaufen. Eine öffentliche Abwasserleitung verläuft auch dann in unmittelbarer Nähe des Grundstücks, wenn über einen öffentlichen oder privaten Weg ein unmittelbarer Zugang zu einer Straße besteht, in welcher ein öffentlicher Kanal verlegt ist. Die TBV AöR kann den Anschluss auch in anderen Fällen zulassen, wenn hierdurch das öffentliche Wohl nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Die TBV AöR kann den Anschluss versagen, wenn die Voraussetzungen des § 49 Abs. 5 Satz 1 LWG NRW zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf Antrag der Gemeinde auf den privaten Grundstückseigentümer durch die Untere Wasserbehörde erfüllt sind.
- (3) Wenn der Anschluss eines Grundstücks an die öffentliche Abwasseranlage aus technischen, betrieblichen, topographischen oder ähnlichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet, besondere Maßnahmen erfordert oder besondere Aufwendungen oder Kosten verursacht, kann die TBV AöR den Anschluss versagen. Dies gilt nicht, wenn sich der Grundstückseigentümer bereit erklärt, die mit dem Anschluss verbundenen Mehraufwendungen zu tragen.
- (4) Die TBV AöR ist berechtigt, den Anschluss von der Herstellung einer Abwasserbehandlungsanlage oder Rückhaltung auf dem Grundstück abhängig zu machen.

§ 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser

- (1) Das Anschlussrecht erstreckt sich grundsätzlich auch auf das Niederschlagswasser.
- (2) Dieses gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 49 Abs. 4 Satz 1 LWG NRW dem Eigentümer des Grundstücks obliegt. Darüber hinaus gilt dies jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswassers gem. § 44 Abs. 1 LWG NRW dem Eigentümer des Grundstücks obliegt.
- (3) Beabsichtigt der Grundstückseigentümer, das auf dem Grundstück anfallende Niederschlagswasser vor Ort zu versickern oder ortsnah in ein Gewässer einzuleiten, so hat er die Erlaubnis für die Versickerung oder Einleitung in ein Gewässer gemäß §§ 8, 9, 10 WHG ist bei der Unteren Wasserbehörde – Kreis Mettmann – einzuholen. Der Antrag sollte folgende Angaben enthalten:
 1. Grundstücks- und Anschlussdaten für die dezentrale Niederschlagswasserentsorgung (Eigentümer, Flur- und Flurstücksbezeichnung des angeschlossenen und des für die Versickerung vorgesehenen Grundstücks oder Einleitstelle in den Vorfluter, Größe der angeschlossenen Fläche)
 2. Lageplan des Grundstücks im Maßstab 1 : 500 mit Darstellung der angeschlossenen versiegelten Flächen, der Niederschlagswasserleitungen sowie der gewählten Versickerungsanlage oder Einleitungsstelle
 3. schematische Darstellung der Versickerungsanlage oder Einleitungsstelle einschließlich der Bemessung.
 4. Die Ermittlung der Versickerungsfähigkeit (Kf-Wert) durch Bodenaufschluss ist erforderlich.
- (4) Die Niederschlagswasserversickerung ist über die belebte und gewachsene Bodenzone durchzuführen (Flächen- oder Muldenversickerung bzw. Muldenrigolenversickerung).
- (5) Darüber hinaus ist der Anschluss des Niederschlagswassers ausgeschlossen, wenn die Gemeinde von der Möglichkeit des § 49 Abs. 4 LWG NRW Gebrauch macht.

§ 6 Benutzungsrecht

Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlussleitung hat der Anschlussnehmer vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung und unter Beachtung der technischen Bestimmungen für den Bau und den Betrieb der haustechnischen Abwasseranlagen das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).

§ 7 Begrenzung des Benutzungsrechts

- (1) In die öffentliche Abwasseranlage darf solches Abwasser oder solche Stoffe nicht eingeleitet werden, das aufgrund seiner Inhaltsstoffe
 1. die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder
 2. das in der öffentlichen Abwasseranlage beschäftigte Personal gefährdet oder gesundheitlich beeinträchtigt oder
 3. die Abwasseranlage in ihrem Bestand angreift oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährdet, erschwert oder behindert oder
 4. den Betrieb der Abwasserbehandlung erheblich erschwert oder verteuert oder
 5. die Klärschlammbehandlung, -beseitigung oder –verwertung beeinträchtigt oder verteuert oder
 6. die Funktion der Abwasseranlage so erheblich stört, dass hierdurch die Anforderungen der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können
- (2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:
 1. feste Stoffe, auch in zerkleinertem Zustand, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in der Kanalisation führen können
 2. Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs- und sonstigen privaten Behandlungsanlagen
 3. Abwasser und Schlämme aus Anlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere aus Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Sickerschächten, Schlammfängen und gewerblichen Sammelbehältern, soweit sie nicht in eine für diesen Zweck vorgesehene städtische Einleitungsstelle eingeleitet werden
 4. flüssige Stoffe, die im Kanalnetz erhärten können, sowie Stoffe, die nach Übersättigung im Abwasser in der Kanalisation ausgeschieden werden und zu Abflussbehinderungen führen können
 5. radioaktives Abwasser
 6. nicht desinfiziertes Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten
 7. flüssige Stoffe aus landwirtschaftlicher Tierhaltung wie Gülle und Jauche
 8. Silagewasser
 9. Grund-, Drain-, Kühl- und Quellwasser
 10. Blut aus Schlachtungen
 11. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann

-
12. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas-Luft-Gemische entstehen können
 13. Emulsionen von Mineralölprodukten
 14. Medikamente und pharmazeutische Produkte
 15. Abwasser, das an den Abwasseranlagen nachhaltige belästigende Gerüche auftreten lässt
 16. Reinigungs- und Desinfektionsmittel sowie Spül- und Waschmittel, die zu unverhältnismäßig großer Schaumbildung führen
- (3) Kondensate aus Gas- und Öl betriebenen oder sonstigen Brennwertanlagen dürfen nur eingeleitet werden, wenn sie die Grenzwerte des Arbeitsblatts 251 der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA-A 251) einhalten. Für die Einleitung von Kondensaten aus sonstigen Anlagen gelten die Grenzwerte in Anlage 1 dieser Satzung.
 - (4) Abwasser darf nur eingeleitet werden, wenn die in Anlage 1 genannten Grenzwerte nicht überschritten sind. Die Anlage 1 ist Bestandteil dieser Satzung. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, diese Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen. Abwässer, die keinen gesetzlichen Anforderungen unterliegen, dürfen nur eingeleitet werden, wenn sie den Beschaffenheitskriterien aus dem Regelwerk der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) entsprechen.
 - (5) Bei Einleitung von Abwasser aus Baumaßnahmen oder Fassadenreinigung in die öffentliche Abwasseranlage ist der Umfang und die Art der durchgeführten Maßnahmen mit der TBV AöR im Vorfeld abzustimmen.
 - (6) Die TBV AöR kann vorsorglich eine Auffangvorrichtung verlangen, wenn nicht auszuschließen ist, dass z.B. kontaminiertes Löschwasser bei einem möglichen Störfall in die Abwasseranlage gelangt. Vor der Einleitung muss der Nachweis erbracht werden, dass diese Abwässer unbedenklich sind.
 - (7) Die TBV AöR kann im Einzelfall Schadstofffrachten (Volumenstrom und /oder Konzentration) festlegen. Sie kann das Benutzungsrecht davon abhängig machen, dass auf dem Grundstück eine Vorbehandlung oder eine Rückhaltung und dosierte Einleitung des Abwassers erfolgt.
 - (8) Eine Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes darf nur mit Einwilligung der TBV AöR erfolgen. Niederschlagswasser, das auf befestigten Hauseingangs- und Garagenvorflächen nicht gewerblich oder industriell genutzter Grundstücke bis zu einer Größe von 25 qm anfällt, kann ohne Einwilligung der TBV AöR eingeleitet werden.
 - (9) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ist ausgeschlossen, soweit die TBV AöR von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.
 - (10) Die TBV AöR kann auf Antrag befristete, jederzeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für den Verpflichteten ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen. Insbesondere kann die TBV AöR auf Antrag zulassen, dass Grund-, Drain-, Kühl- und Quellwasser der Abwasseranlage zugeführt wird. Der Indirekteinleiter hat seinem Antrag die von der TBV AöR verlangten Nachweise beizufügen. Für die Einleitung von Grund-, Drain-, Kühl- und Quellwasser sind Abwassergebühren entsprechend der Gebührensatzung der TBV AöR zu entrichten.

-
- (11) Die TBV AöR kann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um
1. das Einleiten oder Einbringen von Abwasser oder Stoffen zu verhindern, das unter Verletzung der Abs. 1 und 2 erfolgt.
 2. das Einleiten von Abwässern zu verhindern, das die Grenzwerte nach § 7 Abs. 3 und 4 dieser Satzung nicht einhält.

§ 8 Abscheide- und Vorbehandlungsanlagen

- (1) Abwasser mit absetzbaren Stoffen, Abwasser mit wassergefährdenden Stoffen, Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel, Heiz- oder Schmieröl sowie fetthaltiges Abwasser ist vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage in entsprechende Abscheider / Vorbehandlungsanlagen einzuleiten und dort zu behandeln. In Ausnahmefällen kann eine Einleitung von fetthaltigem häuslichem Abwasser ohne entsprechenden Abscheider erfolgen, sofern dies nicht zu Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit führt.
- (2) Für die Einleitung von Niederschlagswasser kann von der TBV AöR eine Vorbehandlung (Vorreinigung) auf dem Grundstück des Anschlussnehmers in einer von ihm zu errichtenden und zu betreibenden Abscheide- oder sonstigen Vorbehandlungsanlage angeordnet werden, wenn der Verschmutzungsgrad des Niederschlagswassers für die TBV AöR eine Pflicht zur Vorbehandlung nach dem sog. Trenn-Erlass vom 26.05.2004 (MBI.NRW.2004, S.583) auslöst. Die vorstehende Vorbehandlungspflicht gilt insbesondere für Straßenbaulastträger, die das Straßenoberflächenwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleiten.
- (3) Stoffe aus Verarbeitungsbetrieben tierischer Nebenprodukte und von Schlachtabwässern aus Schlachthöfen nach den Artikeln 8, 9 und 10 (Material der Kategorien 1, 2 und 3) der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 müssen durch den Anschlussnehmer durch ein Feststoffrückhaltesystem mit einer maximalen Maschenweite von 2 mm geführt werden.
- (4) Die Abscheider und sonstige Vorbehandlungsanlagen sowie deren Betrieb müssen den einschlägigen technischen und rechtlichen Anforderungen entsprechen. Die TBV AöR kann darüber hinausgehende Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der Abscheider / Vorbehandlungsanlagen stellen, sofern dies im Einzelfall zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist.
- (5) Das Abscheidegut ist in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und darf der öffentlichen Abwasseranlage nicht zugeführt werden.
- (6) Nachweise über den ordnungsgemäßen Betrieb der Vorbehandlungsanlagen und Abscheider sind aufzubewahren und der TBV AöR auf Verlangen vorzulegen (Betriebstagebuch).
- (7) Die TBV AöR ist berechtigt, den Inhalt des Abscheiders (Abscheidegut) zu entsorgen, wenn die Voraussetzungen für eine Entleerung aufgrund einer Gefährdung vorliegen und der Indirekteinleiter diese Entleerung unterlässt. Die Kosten hierfür werden in Rechnung gestellt.

§ 9 Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt (Anschlusszwang).
- (2) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, das gesamte auf dem Grundstück anfallende Abwasser (Schmutz- und Niederschlagswasser) in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang), um die Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW zu erfüllen.

-
- (3) Ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht nicht, wenn die in § 49 Abs. 2 Satz 1 LWG NRW genannten Voraussetzungen für in landwirtschaftlichen Betrieben anfallendes Abwasser oder für zur Wärmeengewinnung benutztes Abwasser vorliegen. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist der TBV AöR nachzuweisen.
 - (4) Unabhängig vom Vorliegen der in § 9 Abs. 3 erwähnten Voraussetzungen ist das häusliche Abwasser aus landwirtschaftlichen Betrieben an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen und dieser zuzuführen. Die TBV AöR kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen, sofern dies nicht zu Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit führt.
 - (5) Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Dieses gilt nicht in den Fällen des § 5 Absätze 2 bis 5 dieser Satzung.
 - (6) In den im Trennsystem entwässerten Bereichen sind das Schmutz- und das Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuzuführen.
 - (7) Bei Neu- und Umbauten muss das Grundstück vor der Benutzung der baulichen Anlage an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sein. Ein Zustimmungsverfahren nach § 16 Abs. 1 ist durchzuführen.
 - (8) Entsteht das Anschlussrecht erst nach der Errichtung einer baulichen Anlage, so ist das Grundstück innerhalb von drei Monaten anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung und persönliche Mitteilung an den Anschlussberechtigten angezeigt wurde, dass das Grundstück angeschlossen werden kann. Der Anschlussnehmer hat auf seine Kosten binnen 8 Wochen nach dem Anschluss alle bestehenden oberirdischen und unterirdischen privaten Grundstücksentwässerungseinrichtungen, insbesondere Gruben, Schlammfänge, Sickeranlagen, alte Kanäle, soweit sie nicht dem Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage dienen, zu entleeren und zu beseitigen oder ordnungsgemäß zu verfüllen.
 - (9) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer vorher der TBV AöR so rechtzeitig mitzuteilen, dass diese Auflagen für das ordnungsgemäße Verschließen oder Beseitigen der Anschlussleitung machen kann.
 - (10) Die TBV AöR kann auch den Anschluss von unbebauten Grundstücken verlangen, wenn die Aufnahme der Oberflächenwässer auf dem Grundstück selbst nicht sichergestellt ist und die öffentliche Sicherheit und Ordnung dies verlangt.

§ 10 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser

- (1) Der Grundstückseigentümer kann auf Antrag vom Anschluss- und Benutzungszwang für Schmutzwasser ganz oder teilweise befreit werden, wenn ein besonders begründetes Interesse an einer anderweitigen Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwasser besteht und – insbesondere durch Vorlage einer wasserrechtlichen Erlaubnis – nachgewiesen werden kann, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu besorgen ist.
- (2) Ein besonders begründetes Interesse im Sinne des Abs. 1 liegt nicht vor, wenn die anderweitige Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers lediglich dazu dienen soll, Gebühren zu sparen.

§ 11 Nutzung des Niederschlagswassers

Beabsichtigt der Grundstückseigentümer die Nutzung des auf seinem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers als Brauchwasser (z.B. Toilettenspülung), so hat er dies der TBV AöR mit folgenden Angaben anzuzeigen:

-
1. Grundstücks- und Anschlussdaten für die Regenwassernutzungsanlage (Eigentümer, Flur- und Flurstücksbezeichnung, Größe der angeschlossenen Fläche),
 2. Lageplan des Grundstücks im Maßstab 1: 250 mit Darstellung der angeschlossenen versiegelten Flächen, der Niederschlagswasserleitungen sowie der Regenwassernutzungsanlage und
 3. Bemessungsgröße des Regenwasserspeichers.

Die TBV AöR verzichtet in diesem Fall auf die Überlassung des verwendeten Niederschlagswassers gemäß § 49 Abs. 4 LWG NRW, wenn die ordnungsgemäße Verwendung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück sichergestellt ist. Das Brauchwasser gilt im Sinne der Entwässerungsgebührensatzung als Schmutzwasser.

§ 12 Besondere Bestimmungen für öffentliche Druckentwässerungsnetze

- (1) Führt die TBV AöR aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen die Entwässerung mittels eines Druckentwässerungsnetzes durch, so kann sie in Anwendung des § 1 Abs. 3 dieser Satzung bestimmen, dass Teile des Druckentwässerungsnetzes auf dem anzuschließenden Grundstück zu liegen haben. In diesen Fällen ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, entschädigungsfrei zu dulden, dass die TBV AöR auf seinem Grundstück eine für die Entwässerung ausreichend bemessene Druckpumpe sowie die dazugehörige Druckleitung installiert, betreibt, unterhält und ggf. erneuert.
- (2) Die Entscheidung über Art, Ausführung, Bemessung und Lage der Druckentwässerungsanlage trifft die TBV AöR. Die Druckpumpe und die Druckleitung dürfen nicht überbaut werden. Die TBV AöR ist berechtigt, die Druckpumpe auf ihre Kosten über einen Zwischenzähler an das häusliche Stromnetz auf dem angeschlossenen Grundstück anzuschließen.
- (3) Die Druckpumpe sowie die dazugehörige Druckleitung werden nach ihrer Fertigstellung ohne besonderen Widmungsakt Bestandteile der öffentlichen Abwasseranlage.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für private Druckleitungen mit Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage außerhalb von Druckentwässerungsnetzen.

§ 13 Ausführung von Anschlussleitungen

- (1) Jedes Grundstück ist unterirdisch mit einer Anschlussleitung an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen. In Gebieten mit Mischsystem ist für jedes Grundstück eine Anschlussleitung, in Gebieten mit Trennsystem je eine Anschlussleitung für Schmutz- und für Niederschlagswasser herzustellen. In Ausnahmefällen (Einzelfallentscheidung) können auf Antrag zwei oder mehr Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Die Benutzungs- und Unterhaltungsrechte (Leitungsrechte) sind im Grundbuch abzusichern. Die grundbuchliche Sicherung des Leitungsrechts ist der TBV AöR in dazu geeigneter Form nachzuweisen.
Die TBV AöR verlangt den Nachweis über den ordnungsgemäßen Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage im Rahmen des Zustimmungsverfahrens nach § 16 dieser Satzung.
- (2) Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbständige Grundstücke geteilt, so gilt Abs. 1 für jedes der neu entstehenden Grundstücke.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er Ablaufstellen unterhalb der Rückstaebebene durch funktionsfähige Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein. Die Rückstaebebene ist die Straßenkrone über dem Anschlusspunkt. Liegt der Kanal nicht in der Straße, gilt die über

dem Anschlusspunkt gegebene Höhe der Verbindungslinie zu den zwei nächsten Kanalschachtabdeckungen mit Öffnung als Rückstauenebene.

- (4) Bei der Neuerrichtung von Anschlussleitungen hat der Grundstückseigentümer einen Revisionsschacht auf seinem Grundstück einzubauen. In Ausnahmefällen kann auf Antrag des Grundstückseigentümers von der Errichtung eines Revisionsschachtes außerhalb des Gebäudes abgesehen werden. Wird die Anschlussleitung erneuert oder verändert, so hat der Grundstückseigentümer nachträglich einen Revisionsschacht auf seinem Grundstück erstmals einzubauen, wenn dieser zuvor nicht eingebaut worden war. Der Revisionsschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung des Revisionsschachtes ist unzulässig.
- (5) Die Anzahl, Führung, lichte Weite und technische Ausführung der Anschlussleitungen bis zu den Revisionsschächten sowie die Lage und Ausführung der Revisionsschächte ist nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erstellen und von der TBV AöR abzunehmen.
- (6) Am Tag der Abnahme durch die TBV AöR ist für neu erstellte Anschlussleitungen seitens des Grundstückseigentümers ein Dichtheitsnachweis in Form einer Druckprobe mittels Luft oder Wasser den TBV AöR vorzulegen. Der Dichtheitsnachweis ist durch Sachkundige zu führen (vgl. § 14 Abs. 1-8 dieser Satzung).
- (7) Um die Überwachung von Indirekteinleitern zu ermöglichen, ist vor der Einleitungsstelle in die öffentliche Abwasseranlage ein jederzeit zugänglicher Einsteigeschacht zu erstellen. Dieser ist grundsätzlich für jeden Gewerbetreibenden separat zu erstellen. In besonderen Fällen können Einrichtungen zur automatischen Probenentnahme und/oder Geräte zur Bestimmung der Abwassermenge und -beschaffenheit gefordert werden. In den Fällen, in denen die Probenentnahme vor der Einleitungsstelle in die öffentliche Abwasseranlage bei vorhandener Vorbehandlungsanlage nicht ausreicht, kann am Ablauf der Vorbehandlungsanlage eine technische Einrichtung zur jederzeitigen Probenentnahme verlangt werden.
- (8) Besteht für die Ableitung des Abwassers kein natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, so kann die TBV AöR von dem Grundstückseigentümer zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstücks den Einbau und den Betrieb einer Hebeanlage verlangen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer.
- (9) Werden an Straßen, in denen noch keine öffentliche Abwasseranlage vorhanden ist, Neubauten errichtet oder Nutzungen vorgenommen, die einen Abwasseranfall nach sich ziehen, hat der Grundstückseigentümer auf seinem Grundstück Anlagen für einen späteren Anschluss in Abstimmung mit der TBV AöR auf seine Kosten vorzubereiten.
- (10) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufende Unterhaltung der haustechnischen Abwasseranlagen sowie der Anschlussleitungen des anzuschließenden Grundstücks führt der Grundstückseigentümer durch. Die Grundstücksanschlussleitung ist in Abstimmung mit der TBV AöR zu erstellen. (siehe Absatz 12)
- (11) Der Grundstückseigentümer ist gegenüber der TBV AöR verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung der gesamten Anschlussarbeiten. Er haftet für alle Schäden, die der TBV AöR durch unsachgemäße Ausführung entstehen. Er hat die TBV AöR von allen Ansprüchen Dritter, die auf nicht ordnungsgemäße Durchführung der Anschlussarbeiten zurückzuführen sind, freizustellen. Eine Haftung des Grundstückseigentümers ist nicht gegeben, wenn der Schaden allein auf vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten der TBV AöR bzw. ihrer Vertreter oder Beauftragten zurückzuführen ist. Der Nachweis des Verschuldens ist von dem Anschlussberechtigten zu führen.
- (12) Die Arbeiten der Grundstücksanschlussleitung dürfen nur durch von der TBV AöR hierfür besonders zugelassene Unternehmer ausgeführt werden. Zugelassen werden solche Unternehmer, die die Gewähr für eine fachgerechte Ausführung der Arbeiten bieten. Die Zulassung kann befristet erteilt sowie mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden. Sie kann

aus begründetem Anlass auf Zeit und Dauer widerrufen werden. Mit der Zulassung übernimmt die TBV AöR keine Haftung für eine ordnungsgemäße Arbeit der Unternehmer.

- (13) Das vom Grundstück abfließende Niederschlagswasser darf mit Ausnahme der in § 7 Absatz 8 dieser Satzung genannten Fälle nicht in den öffentlichen Verkehrsraum gelangen.
- (14) Die TBV AöR kann jederzeit fordern, dass die Abwasseranlagen auf den Grundstücken in den Zustand gebracht werden, der den Erfordernissen der Satzung sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entspricht.

§ 14 Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasserleitungen und haustechnischen Abwasseranlagen

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser – SÜwVO Abw NRW 2013). Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 59 Abs. 3 LWG NRW, § 8 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW 2013 so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der Stadt bzw. Gemeinde.
- (2) Zustands- und Funktionsprüfungen an privaten Abwasserleitungen dürfen nur durch anerkannte Sachkundige gemäß § 12 SÜwVO Abw NRW 2013 durchgeführt werden.
- (3) Nach § 7 Satz 1 SÜwVO Abw NRW 2013 sind im Erdreich oder unzugänglich verlegte private Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischt Niederschlagswasser einschließlich verzweigter Leitungen unter der Keller-Bodenplatte oder der Bodenplatte des Gebäudes ohne Keller sowie zugehörige Einsteigeschächte oder Inspektionsöffnungen zu prüfen. Ausgenommen von der Prüfpflicht sind nach § 7 Satz 2 SÜwVO Abw NRW Abwasserleitungen, die zur alleinigen Ableitung von Niederschlagswasser dienen und Leitungen, die in dichten Schutzrohren so verlegt sind, dass austretendes Abwasser aufgefangen und erkannt wird.
- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SÜwVO Abw NRW 2013. Nach § 8 Abs. 2 SÜwVO Abw NRW 2013 hat der Eigentümer des Grundstücks bzw. nach § 8 Abs. 6 SÜwVO Abw NRW 2013 der Erbbauberechtigte private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und Funktionstüchtigkeit prüfen zu lassen. Die Prüfpflicht und Prüfrisiken für bestehende Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus § 8 Abs. 3 und Abs. 4 SÜwVO Abw NRW 2013.
- (5) Zustands- und Funktionsprüfungen müssen nach § 9 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW 2013 nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden. Nach § 8 Abs. 1 Satz 4 SÜwVO Abw NRW 2013 gelten die DIN 1986 Teil 30 und die DIN EN 1610 als allgemein anerkannte Regeln der Technik, soweit die SÜwVO Abw NRW 2013 keine abweichenden Regelungen trifft.
- (6) Nach § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW 2013 ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVO Abw NRW 2013 zu dokumentieren. Dabei sind der Bescheinigung die in § 9 Abs. 2 Satz 2 SÜwVO Abw NRW 2013 genannten Anlagen beizufügen. Diese Bescheinigung nebst Anlagen ist der TBV AöR durch den Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigten (§ 8 Abs. 2 bzw. Abs. 8 SÜwVO Abw NRW 2013) unverzüglich nach Erhalt vom Sachkundigen vorzulegen, damit eine zeitnahe Hilfestellung durch die TBV AöR erfolgen kann.

-
- (7) Private Abwasserleitungen, die nach dem 01.01.1996 auf Zustand und Funktionstüchtigkeit geprüft worden sind, bedürfen nach § 11 SÜwVO Abw NRW 2013 keiner erneuten Prüfung, sofern Prüfung und Prüfbescheinigung den zum Zeitpunkt der Prüfung geltenden Anforderungen entsprochen haben.
 - (8) Die Sanierungsnotwendigkeit und der Sanierungszeitpunkt ergeben sich grundsätzlich aus § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW. Über mögliche Abweichungen von den Sanierungsfristen in § 10 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW 2013 kann die TBV AöR gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW 2013 nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall entscheiden.

§ 15 Aufwand und Kosten für die Anschlusskanäle

- (1) Der Grundstückseigentümer trägt den Aufwand für die Herstellung, Beseitigung und den Verschluss sowie für eine durch ihn veranlasste Veränderung der Grundstücksanschlussleitung.
- (2) Werden die in Abs. 1 genannten Arbeiten ganz oder teilweise durch die TBV AöR oder durch einen von ihr beauftragten Unternehmer ausgeführt, hat der Grundstückseigentümer der TBV AöR den Aufwand in der tatsächlich geleisteten Höhe gemäß § 10 KAG NRW zu ersetzen. Das gilt auch dann, wenn die TBV AöR diese Arbeiten bereits vor Herstellung des Anschlusses ganz oder teilweise durchgeführt hat.
- (3) Die Kosten für die Beseitigung von Abflussstörungen oder für einen durch den Grundstückseigentümer veranlassten Versuch einer solchen Beseitigung trägt ebenfalls der Grundstückseigentümer.
- (4) Der Ersatzanspruch entsteht mit der Beendigung der Maßnahme, bei Herstellung der Anschlussleitung ohne Rücksicht darauf, ob eine Verbindung mit einer Grundstücksleitung hergestellt ist, sobald Anschlusspflicht besteht. Er wird einen Monat nach Zugang des Bescheides fällig.
- (5) Schuldner der Ersatzansprüche nach § 15 Abs. 2 und § 16 Abs. 3 dieser Satzung ist der Eigentümer des Grundstücks. Der Ersatzanspruch erfolgt gemäß § 14 der Entwässerungsgebührensatzung der TBV AöR.

§ 16 Zustimmungsverfahren

- (1) Die Herstellung oder Änderung des Anschlusses bedarf der vorherigen Zustimmung der TBV AöR. Diese ist rechtzeitig, spätestens jedoch sechs Wochen vor der Durchführung der Anschlussarbeiten zu beantragen. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
- (2) Lageplan im Maßstab 1 : 500 mit Kennzeichnung der Einleitungsstelle (Lage der Anschlussleitung vom Haus bis zum städtischen Kanal)
- (3) Grundriss mit Darstellung der geplanten Entwässerung bis zum städtischen Kanal,
- (4) Höhenplan mit Darstellung der geplanten Entwässerung bis zum städtischen Kanal
- (5) Mit den Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum darf erst begonnen werden, wenn von der TBV AöR eine gesondert zu beantragende Aufbruchgenehmigung erteilt worden ist.
- (6) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer eine Woche vor der Außerbetriebnahme des Anschlusses TBV AöR mitzuteilen. Der Anschlussnehmer lässt die Anschlussleitung auf seine Kosten fachgerecht verschließen.

Die TBV AöR ist berechtigt die Anschlussleitung zu verschließen, wenn der Anschlussnehmer dies nicht innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Abbruch des Gebäudes durchführt. Die Kosten hierfür werden dem Anschlussnehmer in Rechnung gestellt.

§ 17 Indirekteinleiterkataster

- (1) Die TBV AöR führt ein Kataster über gewerbliche Indirekteinleitungen, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht.
- (2) Bei Indirekteinleitungen in dem Sinne des Absatz 1 sind die TBV AöR mit dem Antrag nach § 16 Abs. 1 dieser Satzung die Abwässer erzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Bei bestehenden Anschlüssen hat dies innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung zu geschehen. Auf Verlangen hat der Indirekteinleiter der TBV AöR Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers zu erteilen. Soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen mit gefährlichen Stoffen im Sinne des § 58 WHG und § 58 LWG NRW handelt, ist die Vorlage des Genehmigungsbescheides der zuständigen Wasserbehörde erforderlich. Ebenfalls sind aktuelle Entwässerungspläne aus denen Anzahl, Führung und technische Ausführung der Anschlussleitungen sowie die Lage der Einsteigeschächte hervor gehen, und Angaben nach der Löschwasser-Rückhalte-Richtlinie erforderlich. Ein verantwortlicher Ansprechpartner ist schriftlich zu benennen.

§ 18 Abwasseruntersuchungen

- (1) Die TBV AöR ist jederzeit berechtigt Abwasseruntersuchungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Sie bestimmt die Entnahmestellen sowie Art, Umfang und Turnus der Probeentnahmen.
- (2) Die Kosten für die Untersuchungen trägt der Anschlussnehmer, falls sich herausstellt, dass ein Verstoß gegen die Benutzungsbestimmungen dieser Satzung vorliegt, anderenfalls die TBV AöR.

§ 19 Kanalanschlussbeitrag und Entwässerungsgebühren

Zum Ersatz des Aufwandes für die Herstellung und Erweiterung der öffentlichen Abwasseranlage werden Kanalanschlussbeiträge und für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage Benutzungsgebühren nach einer zu dieser Satzung erlassenen Beitrags- und Gebührensatzung erhoben.

§ 20 Auskunfts- und Nachrichtspflicht; Betretungsrecht

- (1) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der TBV AöR auf Verlangen die für den Vollzug dieser Satzung erforderlichen Auskünfte über Bestand und Zustand der haustechnischen Abwasseranlagen und der Anschlussleitungen zu erteilen.
- (2) Die Anschlussnehmer und die Indirekteinleiter haben die TBV AöR unverzüglich zu benachrichtigen, wenn
 1. der Betrieb ihrer haustechnischen Abwasseranlagen durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückzuführen sein können (z.B. Verstopfungen von Abwasserleitungen),
 2. Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage geraten sind oder zu geraten drohen, die den Anforderungen nach § 7 dieser Satzung nicht entsprechen,
 3. sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändert,
 4. sich die der Mitteilung nach § 17 dieser Satzung zugrunde liegenden Daten erheblich ändern,
 5. für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- oder Benutzungsrechtes entfallen.

-
- (3) Die Bediensteten und die mit Berechtigungsausweis versehenen Beauftragten der TBV AöR sind berechtigt, die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, soweit dies zum Zweck der Erfüllung der gemeindlichen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung erforderlich ist. Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten haben das Betreten von Grundstücken und Räumen zu dulden und ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Das Betretungsrecht gilt nach § 98 Abs. 1 LWG NRW auch für Anlagen zur Ableitung von Abwasser, das der TBV AöR zu überlassen ist. Die Grundrechte der Verpflichteten sind zu beachten. Bei Gefahr in Verzug oder Verstoß gegen die Satzung gilt das Betretungsrecht zu jeder Tages- und Nachtzeit.

§ 21 Haftung

- (1) Der Anschlussnehmer und der Indirekteinleiter im Sinne des § 17 haben für eine ordnungsgemäße Benutzung der haustechnischen Abwasseranlagen nach den Vorschriften dieser Satzung zu sorgen. Sie haften für alle Schäden und Nachteile, die der TBV AöR infolge eines mangelhaften Zustandes oder einer satzungswidrigen Benutzung der haustechnischen Abwasseranlagen oder infolge einer satzungswidrigen Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage entstehen.
- (2) In gleichem Umfang hat der Ersatzpflichtige die TBV AöR von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.
- (3) Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der Abwasseranlage sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden, hat der Anschlussnehmer keinen Anspruch auf Schadensersatz oder Minderung der Gebühren. Die TBV AöR haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass die vorgeschriebenen Rückstausicherungen nicht vorhanden sind oder nicht ordnungsgemäß funktionieren.

§ 22 Berechtigte und Verpflichtete

- (1) Die Rechte und Pflichten, die sich aus dieser Satzung für Grundstückseigentümer ergeben, gelten entsprechend für Erbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte sowie für Träger der Baulast von Straßen, Wegen und Plätzen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile.
- (2) Darüber hinaus gelten die Pflichten, die sich aus dieser Satzung für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ergeben, für jeden, der berechtigt oder verpflichtet ist, das auf den angeschlossenen Grundstücken anfallende Abwasser abzuleiten (also insbesondere auch Pächter, Mieter, Untermieter etc.), oder der der öffentlichen Abwasseranlage tatsächlich Abwasser zuführt.
- (3) Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

§ 23 Anordnungen

- (1) Zur Durchsetzung und Überwachung der Verpflichtungen aus dieser Satzung, aus der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser und der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW kann die TBV AöR nach pflichtgemäßem Ermessen Anordnungen erlassen.

-
- (2) Die TBV AöR ist auch befugt gegen Grundstückseigentümer Duldungsverfügungen zu erlassen, wenn und soweit eine öffentlich rechtliche oder zivilrechtliche Pflicht zur Duldung der Durchleitung besteht und Maßnahmen der Überwachung und Instandsetzung von Abwasserleitungen zwar nicht von ihnen durchzuführen aber die Inanspruchnahme ihres Grundstücks erfordern.

§ 24 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen

1. § 7 Absatz 1 und 2

Abwässer oder Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder einbringt, deren Einleitung oder Einbringung ausgeschlossen ist.

2. § 7 Absatz 3 bis 5

Abwasser über den zugelassenen Volumenstrom hinaus einleitet oder hinsichtlich der Beschaffenheit und der Inhaltsstoffe des Abwassers die Grenzwerte nicht einhält oder das Abwasser zur Einhaltung der Grenzwerte verdünnt oder vermischt.

3. § 7 Absatz 7

Abwasser ohne Einwilligung der TBV AöR auf anderen Wegen als über die Anschlussleitung eines Grundstückes in die öffentliche Abwasseranlage einleitet.

4. § 8

Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz- oder Schmieröl sowie fetthaltiges Abwasser vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage nicht in entsprechende Abscheider einleitet oder Abscheider nicht oder nicht ordnungsgemäß einbaut oder betreibt oder Abscheidegut nicht in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften entsorgt oder Abscheidegut der öffentlichen Abwasseranlage zuführt. Nachweise über den ordnungsgemäßen Betrieb der Vorbehandlungsanlagen und Abscheider nicht aufbewahrt und der TBV AöR auf Verlangen nicht vorlegt (Betriebstagebuch).

5. § 9 Absatz 2

das Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage einleitet.

6. § 9 Absatz 6

in den im Trennsystem entwässerten Bereichen das Schmutz- und das Niederschlagswasser nicht den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuführt.

7. § 9 Absatz 8

das Grundstück nicht oder nicht in der von der TBV AöR festgelegten Frist an die öffentliche Abwasseranlage anschließt oder alte Anlagen nicht rechtzeitig außer Betrieb setzt oder sichert.

8. § 11

auf seinem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser nutzt, ohne dies der TBV AöR angezeigt zu haben.

9. §§ 12 Absatz 2, 13 Absatz 4

die Druckpumpe, die Druckleitung überbaut oder die Revisionsschächte nicht frei zugänglich hält.

10. § 13 Absatz 6

am Tag der Abnahme durch die TBV AöR für neu erstellte Anschlussleitungen keinen Dichtheitsnachweis in Form einer Druckprobe entgegen § 13 Abs. 6 mittels Luft oder Wasser vorlegt.

11. § 13 Absatz 12

die Anschlussarbeiten nicht durch einen von der TBV AöR hierfür besonders zugelassenen Unternehmer durchführen lässt.

12. § 13 Absatz 14

die Abwasseranlage nach Aufforderung nicht in einen ordnungsgemäßen Zustand bringt bzw. saniert oder erneuert.

13. § 14 Absatz 6

die Bescheinigung über das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung der TBV AöR entgegen § 14 Abs. 6 Satz 3 nicht vorliegt.

14. § 16 Absatz 1

den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage ohne vorherige Zustimmung der TBV AöR herstellt oder ändert.

15. § 16 Absatz 2

mit den Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum beginnt, obwohl noch keine Aufbruchgenehmigung erteilt wurde.

16. § 16 Absatz 3

den Abbruch eines mit dem Anschluss versehenen Gebäudes nicht oder nicht rechtzeitig der TBV AöR mitteilt.

17. § 17 Absatz 1

der TBV AöR die Abwasser erzeugenden Betriebsvorgänge nicht oder nicht rechtzeitig benennt oder auf ein entsprechendes Verlangen der TBV AöR hin keine oder nur eine unzureichende Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers erteilt.

18. § 17 Absatz 2

Abwasser ohne Genehmigung der zuständigen Wasserbehörde einleitet, soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen mit gefährlichen Stoffen im Sinne des § 58 WHG und § 58 LWG NRW handelt

19. § 20 Absatz 3

die Bediensteten oder die mit Berechtigungsausweis versehenen Beauftragten der TBV AöR daran hindert, zum Zweck der Erfüllung der gemeindlichen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung die angeschlossenen Grundstücke zu betreten oder diesem Personenkreis nicht ungehinderten Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken gewährt oder erforderliche Auskünfte für den Vollzug dieser Satzung nicht erteilt.

- (2) Ordnungswidrig handelt auch, wer unbefugt Arbeiten an der öffentlichen Abwasseranlage vornimmt, Schachtabdeckungen oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder in einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage, etwa einen Abwasserkanal, einsteigt.
- (3) Ordnungswidrigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 können mit einer Geldbuße bis zu 1.000,00 € geahndet werden.

§ 25 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach dem Tag der Bekanntgabe in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entwässerungssatzung des Kommunalunternehmens Technische Betriebe Velbert AöR vom 21.12.2016 außer Kraft.

Anlage 1

zur Entwässerungssatzung des Kommunalunternehmens Technische Betriebe Velbert AöR vom 23.04.2018.

Sofern nachfolgend nichts anderes angegeben, sind die Grenzwerte der Abwasserverordnung (AbwV) in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

Die Probenahme hat nach DIN 38402 -A 11 zu erfolgen.

Grenzwerte für Abwassereinleitungen

Temperatur	35 °C
pH-Wert	6,5 – 10,0

Absetzbare Stoffe

Mischsystem	10 ml/l
Soweit eine Schlammabscheidung zur ordnungsgemäßen Funktionsweise der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist,	nach 0,5 Stunden, in besonderen Fällen auch darunter
a) Niederschlagswasser im Trennsystem	0,6 ml/l nach 2 Stunden

Schwerflüchtige lipophile Stoffe (u.a. verseifbare Öle, Fette)

a) direkt abscheidbar	
- Mischsystem	250 mg/l
- Schmutzwasser im Trennsystem	100 mg/l
b) soweit Menge und Art des Abwassers bei Bemessung nach DIN 4040 zu Abscheideranlagen über Nenngröße 10 (>NG 10) führen:	
gesamt	250 mg/l

Kohlenwasserstoffe

a) Mischsystem	20 mg/l
b) Niederschlagswasser im Trennsystem	5 mg/l

Halogenierte organische Verbindungen

a) adsorbierbare organische Halogenverbindung (AOX)	1 mg/l
b) Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW) als Summe aus Trichlorethen, Tetrachlorethen, 1, 1, 1-Trichlorethan, Dichlormethan, gerechnet als Chlor (Cl)	0,1 mg/l

c) Freies Chlor
 - Mischsystem 0,5 mg/l

Metalle (gelöst und ungelöst)

Aluminium 10 mg/l
 Eisen (Fe) 10 mg/l
 Chrom gesamt 0,5 mg/l
 Kupfer 0,5 mg/l
 Nickel 0,5 mg/l
 Zink 2,0 mg/l

Anorganische Stoffe (gelöst)

Cyanid, leicht freisetzbar 0,2 mg/l
 Sulfat (SO₄) 600 mg/l

Bekanntmachungsanordnung

Vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluss des Verwaltungsrates vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Anstalt öffentlichen Rechts vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, 23.04.2018

gez. Dirk Lukrafka
 Vorsitzender des Verwaltungsrates

**Öffentliche Bekanntmachung des
Jahresabschlusses der Stadt Velbert 2016 sowie
Entlastung des Bürgermeisters**

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung am 06.03.2018 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW wird der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2016 festgestellt.
2. Dem Bürgermeister wird Entlastung für den Jahresabschluss zum 31.12.2016 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW erteilt.

Über die Behandlung der Jahresergebnisse hat der Rat in seiner Sitzung am 06.03.2018 wie folgt beschlossen:

Der im Jahresabschluss zum 31.12.2016 ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 587.392,90 € wird wie folgt behandelt:

1. Der Jahresfehlbetrag der Heimstadt Niederberg Stiftung in Höhe von	3.601,50 €	
wird durch Entnahme aus der Stiftungsrücklage gedeckt.		
2. Der Jahresüberschuss der Adalbert und Tilda Colsmann Stiftung in Höhe von	5.575,58 €	
wird der Stiftungsrücklage zugeführt.		
3. Der Jahresüberschuss der Pleiß Stiftung in Höhe von	671,61 €	
wird der Stiftungsrücklage zugeführt.		
4. Der Jahresfehlbetrag der Kulturstiftung PRO VELBERT in Höhe von	745,97 €	
wird durch Entnahme aus der Stiftungsrücklage gedeckt.		
5. Der Jahresfehlbetrag des städt. Haushalts in Höhe von	589.292,62 €	
wird durch Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage gedeckt.		
	nachrichtlich	-587.392,90 €

Bestätigungsvermerke des Rechnungsprüfungsausschusses:

In seiner Sitzung am 22.02.2018 hat der Rechnungsprüfungsausschuss folgenden Beschluss gefasst:

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Prüfungsbericht der Stabsstelle Rechnungsprüfung über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 beraten, macht ihn sich zu eigen und erteilt folgenden Bestätigungsvermerk:

Bestätigungsvermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016:

Die Stabsstelle Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss der Stadt Velbert zum 31.12.2016, in der Fassung vom 04.09.2017 – bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, den Teilrechnungen, Anhang und Lagebericht – geprüft. Die Buchführung, die Inventur, das Inventar sowie die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sind in die Prüfung einbezogen.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gemeinderechtlichen Vorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegt in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt Velbert.

Aufgabe der Stabsstelle Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der von ihr durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss einschließlich Anhang und Lagebericht abzugeben. Die Stabsstelle Rechnungsprüfung hat ihre Prüfung nach den Vorschriften des § 101 GO NRW in Anlehnung an die Prüfungsleitlinien des Instituts der Rechnungsprüfer (IDR) und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Aufgaben und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Velbert sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss, Anhang und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt Velbert, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses einschließlich Anhang und Lagebericht sowie die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft.

Die Stabsstelle Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die von ihr durchgeführte Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für eine Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt.

Nach Beurteilung der Stabsstelle Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Velbert.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Velbert und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Velbert, den 22.02.2018

gez. Dr. Reinhard Bender, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Bekanntmachung

Der vom Rat in seiner Sitzung am 06.03.2018 festgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2016 wird hiermit gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss 2016 ist gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW dem Landrat des Kreises Mettmann mit Schreiben vom 07.03.2018 angezeigt worden. Die Kenntnismahme durch den Landrat des Kreises Mettmann wurde mit Verfügung vom 19.03.2018 bestätigt.

Der Jahresabschluss wird bis zur Feststellung des Jahresabschlusses 2017 im Rathausgebäude Thomasstr. 1a, Velbert-Mitte, Abteilung Finanzdienste, Zimmer 192, zur Einsichtnahme verfügbar gehalten und steht auf der Internetseite der Stadt Velbert (www.velbert.de) zur Verfügung (Bilanz, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung siehe nachfolgende Seiten).

Velbert, 24.04.2018

gez. Lukrafka, Bürgermeister

Bilanz 2016

Saldo in €

01.01.2016 31.12.2016

AKTIVA

1	Anlagevermögen	437.541.128,28	447.331.888,03
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	172.125,42	322.279,93
1.2	Sachanlagen	243.580.835,70	241.858.852,51
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	23.602.485,28	23.333.196,11
1.2.1.1	Grünflächen	7.279.592,36	7.244.503,19
1.2.1.2	Ackerland	528.763,00	525.481,00
1.2.1.3	Wald, Forsten	22.462,00	22.462,00
1.2.1.4	Sonstige unbebaute Grundstücke	15.771.667,92	15.540.749,92
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	199.601.779,83	196.845.008,48
1.2.2.1	Kinder- und Jugendeinrichtungen	12.149.442,30	11.831.246,23
1.2.2.2	Schulen	103.794.951,19	101.381.620,48
1.2.2.3	Wohnbauten	6.627.029,04	5.804.944,79
1.2.2.4	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	38.518.179,09	40.490.355,21
1.2.2.5	Sportanlagen	38.512.178,21	37.336.841,77
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.052.458,59	1.029.270,18
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	3.079.954,32	3.080.654,32
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.857.404,21	3.991.185,95
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.780.888,66	8.882.205,63
1.2.8	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.605.864,81	4.697.331,84
1.3	Finanzanlagen	193.788.167,16	205.150.755,59
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	168.722.037,91	180.084.764,50
1.3.2	Beteiligungen	1,00	1,00
1.3.3	Sondervermögen	9.914.083,18	9.975.162,78
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögen	557.389,86	557.389,86
1.3.5	Ausleihungen	14.594.655,21	14.533.437,45
1.3.5.1	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	12.818.237,64	12.503.579,23
1.3.5.4	Sonstige Ausleihungen	1.776.417,57	2.029.858,22
2	Umlaufvermögen	100.566.360,99	99.456.989,13
2.1	Vorräte	147.850,00	103.788,33
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	147.850,00	103.788,33
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	89.114.464,50	75.096.968,47
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	26.787.056,48	26.901.624,94
2.2.1.1	Gebühren	820.816,84	1.209.315,21
2.2.1.2	Beiträge	1.721,00	991,00
2.2.1.3	Steuern	3.208.797,56	3.128.867,58
2.2.1.4	Forderungen aus Transferleistungen	401.861,62	2.352.444,53
2.2.1.5	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	22.353.859,46	20.210.006,62
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	44.011.501,71	34.642.048,26
2.2.2.1	gegenüber dem privaten Bereich	439.983,62	528.511,89
2.2.2.2	gegenüber dem öffentlichen Bereich	250.232,79	242.964,37
2.2.2.3	gegen verbundene Unternehmen	37.365.041,86	27.183.676,14
2.2.2.5	gegen Sondervermögen	5.956.243,44	6.686.895,86
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	18.315.906,31	13.553.295,27
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	151.945,71	138.672,96
2.4	Liquide Mittel	9.693.442,09	23.358.552,35
2.5	Kurzfristige Geldanlagen	1.458.658,69	759.007,02
3	Aktive Rechnungsabgrenzung	3.075.292,65	3.352.688,80
	<u>BILANZSUMME AKTIVA</u>	<u>541.182.781,92</u>	<u>550.141.565,96</u>

Gesamtergebnisrechnung 2016

	Ergebnis 2015	Fortgeschriebe- ner Planansatz 2016	Ist-Ergebnis 2016	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3/Sp. 2)	
	EUR	EUR	EUR	EUR	
	1	2	3	4	
1	Steuern und ähnliche Abgaben	108.644.142,72	112.502.000,00	107.222.763,43	-5.279.236,57
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	52.096.991,97	47.034.400,00	48.276.695,51	1.242.295,51
3	+ Sonstige Transfererträge	1.835.633,95	1.171.720,00	3.498.993,18	2.327.273,18
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.048.308,52	9.874.530,00	10.533.830,38	659.300,38
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.372.951,44	2.231.910,00	1.992.820,73	-239.089,27
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.919.425,66	15.055.900,00	16.161.078,30	1.105.178,30
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	8.093.163,62	10.713.630,00	11.922.111,25	1.208.481,25
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	272.955,10	205.000,00	350.777,34	145.777,34
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	192.283.572,98	198.789.090,00	199.959.070,12	1.169.980,12
11	- Personalaufwendungen	42.353.847,74	40.454.920,00	42.371.598,51	1.916.678,51
12	- Versorgungsaufwendungen	6.396.634,27	3.800.000,00	3.927.980,93	127.980,93
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	56.054.725,53	55.060.520,00	58.037.769,47	2.977.249,47
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6.253.636,07	6.692.620,00	6.619.950,91	-72.669,09
15	- Transferaufwendungen	70.767.111,80	75.695.640,00	75.358.289,56	-337.350,44
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.904.039,07	9.593.704,37	9.178.216,22	-415.488,15
17	= Ordentliche Aufwendungen	189.729.994,48	191.297.404,37	195.493.805,60	4.196.401,23
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	2.553.578,50	7.491.685,63	4.465.264,52	-3.026.421,11
19	+ Finanzerträge	2.710.425,10	3.611.630,00	2.431.017,91	-1.180.612,09
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	8.944.600,53	8.204.410,00	7.483.675,33	-720.734,67
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-6.234.175,43	-4.592.780,00	-5.052.657,42	-459.877,42
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-3.680.596,93	2.898.905,63	-587.392,90	-3.486.298,53
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0,00	0,00	0,00
26	= Jahresergebnis (=Zeilen 22 und 25)	-3.680.596,93	2.898.905,63	-587.392,90	-3.486.298,53
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage					
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	1.181.498,85	0,00	1.104.662,47	1.104.662,47
28	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00	3.851.201,00	3.851.201,00
29	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	1.176.156,81	0,00	767.004,00	767.004,00
30	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	205.921,72	2.100.000,00	938.920,40	-1.161.079,60
31	Verrechnungssaldo (= Zeilen 27 bis 30)	-200.579,68	-2.100.000,00	3.249.939,07	5.349.939,07

Velbert, den 01.09.2017


(Christoph Peitz)
Stadtkämmerer

04.09.2017

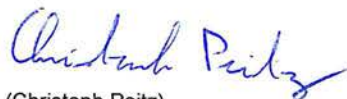
(Dirk Lukrafka)
Bürgermeister

Gesamtfinanzrechnung 2016		Ergebnis	Fortgeschriebe-	Ist-Ergebnis	Vergleich
		2015	ner Planansatz	2016	Ansatz/Ist (Sp.
		EUR	2016	EUR	3/Sp. 2)
		1	EUR	3	EUR
			2		4
1	Steuern und ähnliche Abgaben	107.681.985,75	112.502.000,00	107.003.503,75	-5.498.496,25
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	49.710.139,37	45.200.740,00	46.609.179,29	1.408.439,29
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.569.538,35	1.171.720,00	1.416.164,30	244.444,30
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.832.487,92	9.967.530,00	10.042.308,59	74.778,59
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.460.006,98	2.234.810,00	1.990.889,38	-243.920,62
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	10.220.250,42	14.835.370,00	21.608.556,74	6.773.186,74
7	+ Sonstige Einzahlungen	7.259.179,50	6.725.980,00	6.911.342,09	185.362,09
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	2.347.931,92	3.611.630,00	2.434.958,13	-1.176.671,87
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	191.081.520,21	196.249.780,00	198.016.902,27	1.767.122,27
10	- Personalauszahlungen	37.110.204,98	36.036.740,00	37.671.093,03	1.634.353,03
11	- Versorgungsauszahlungen	5.019.276,06	4.550.000,00	5.098.842,15	548.842,15
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	56.399.432,32	57.138.542,50	59.534.929,95	2.396.387,45
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	7.724.071,69	8.204.410,00	7.441.951,33	-762.458,67
14	- Transferauszahlungen	68.994.118,18	80.534.024,87	78.236.010,53	-2.298.014,34
15	- Sonstige Auszahlungen	11.005.088,58	7.958.631,99	15.614.766,80	7.656.134,81
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	186.252.191,81	194.422.349,36	203.597.593,79	9.175.244,43
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 9 und 16)	4.829.328,40	1.827.430,64	-5.580.691,52	-7.408.122,16
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2.556.993,81	4.579.480,00	2.890.171,70	-1.689.308,30
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.602.439,55	3.781.250,00	4.670.702,27	889.452,27
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	635.000,00	0,00	710.000,00	710.000,00
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.794.433,36	8.360.730,00	8.270.873,97	-89.856,03
24	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	74.001,33	515.792,63	249.757,74	-266.034,89
25	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	404.044,00	4.269.450,00	493.093,00	-3.776.357,00
26	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.728.405,11	8.305.629,31	4.299.997,76	-4.005.631,55
27	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.797.264,82	4.719.273,46	1.695.212,21	-3.024.061,25
28	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	3.893.860,56	4.400.139,60	3.183.860,56	-1.216.279,04
29	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.897.575,82	22.210.285,00	9.921.921,27	-12.288.363,73
32	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 31)	-5.103.142,46	-13.849.555,00	-1.651.047,30	12.198.507,70
33	= Finanzmittelüberschuß/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 32)	-273.814,06	-12.022.124,36	-7.231.738,82	4.790.385,54

Gesamtfinanzrechnung 2016		Ergebnis 2015	Fortgeschriebe- ner Planansatz 2016	Ist-Ergebnis 2016	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3/Sp. 2)
34	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	17.635.865,83	5.729.200,00	6.298.858,37	569.658,37
35	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	44.000.000,00	0,00	150.000.000,00	150.000.000,00
36	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	13.257.703,63	11.296.040,00	13.062.920,44	1.766.880,44
37	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	44.000.000,00	0,00	145.000.000,00	145.000.000,00
38	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	4.378.162,20	-5.566.840,00	-1.764.062,07	3.802.777,93
39	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 33 und 38)	4.104.348,14	-17.588.964,36	-8.995.800,89	8.593.163,47
40	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	2.362.273,64	0,00	9.693.442,09	6.492.660,34
41	+/- Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	3.226.820,31	0,00	22.660.911,15	25.861.692,90
42	= Liquide Mittel (=Zeilen 39, 40 und 41)	9.693.442,09	-17.588.964,36	23.358.552,35	40.947.516,71

Velbert, den
01.09.2017

04.09.2017



(Christoph Peitz)
Stadtkämmerer



(Dirk Lukrafka)
Bürgermeister

Bilanz zum 31. Dezember 2016
Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert, Velbert

<u>AKTIVA</u>	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2015</u>	<u>PASSIVA</u>	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2015</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>		<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. <u>Sachanlagen</u>			I. <u>Stammkapital</u>	4.090.335,05	4.090.335,05
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	33.049.826,58	11.348.417,52	II. <u>Allgemeine Rücklagen</u>	6.869.848,73	6.335.207,23
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.743,52	3.311,14	III. <u>Jahresfehlbetrag</u>	-1.226.096,44	-465.358,50
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	578.888,74	254.995,45		<u>9.734.087,34</u>	<u>9.960.183,78</u>
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.346,00	19.711.766,55	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		
	<u>33.660.804,84</u>	<u>31.318.490,66</u>	I. <u>Sonderposten Vorburg Schloss Hardenberg</u>	1.217.675,36	1.273.160,43
II. <u>Finanzanlagen</u>			II. <u>Sonderposten Bürgerhaus Langenberg</u>	<u>11.247.752,11</u>	<u>11.481.151,83</u>
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	8.231.176,72	8.410.247,94		<u>12.465.427,47</u>	<u>12.754.312,26</u>
	<u>41.891.981,56</u>	<u>39.728.738,60</u>	C. Rückstellungen		
B. Umlaufvermögen			Sonstige Rückstellungen	105.668,24	50.085,48
I. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			D. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	162.321,95	226.093,71	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.055.185,38	16.347.916,25
2. Forderungen gegen die Stadt	3.047.141,99	5.891.716,62	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	46.271,70	31.12.2016: EUR 301.078,79		
	<u>3.209.463,94</u>	<u>6.164.082,03</u>	31.12.2015: EUR 292.730,87		
II. <u>Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	611,00	611,00	- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:		
	<u>3.210.074,94</u>	<u>6.164.693,03</u>	31.12.2016: EUR 15.754.106,59		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.967,85	10.389,38	31.12.2015: EUR 16.055.185,38		
			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.559,46	834.859,65
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
			31.12.2016: EUR 48.559,46		
			31.12.2015: EUR 834.859,65		
			3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Velbert	6.687.120,56	5.956.463,59
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
			31.12.2016: EUR 6.687.120,56		
			31.12.2015: EUR 5.956.463,59		
			4. Sonstige Verbindlichkeiten	11.975,90	0,00
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
			31.12.2016: EUR 11.975,90		
			31.12.2015: EUR 0,00		
				<u>22.802.841,30</u>	<u>23.139.239,49</u>
	<u>45.108.024,35</u>	<u>45.903.821,01</u>		<u>45.108.024,35</u>	<u>45.903.821,01</u>

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2016
Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert, Velbert

	<u>2016</u> <u>EUR</u>	<u>2015</u> <u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	682.601,25	571.923,32
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	137.010,50	300.534,23
3. Sonstige betriebliche Erträge	292.288,23	109.211,46
4. Gesamtleistung	<u>1.111.899,98</u>	<u>981.669,01</u>
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	43.380,61	7.200,71
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	49.915,20	7.001,85
	<u>93.295,81</u>	<u>14.202,56</u>
6. Rohergebnis	<u>1.018.604,17</u>	<u>967.466,45</u>
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	595.707,11	616.256,62
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	156.874,19	175.620,74
	<u>752.581,30</u>	<u>791.877,36</u>
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	977.130,41	426.418,00
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	244.057,17	197.063,13
10. Betriebsergebnis	<u>-955.164,71</u>	<u>-447.892,04</u>
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	187.725,89	196.627,90
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	456.999,20	212.435,94
13. Finanzergebnis	<u>-269.273,31</u>	<u>-15.808,04</u>
14. Ergebnis nach Steuern	<u>-1.224.438,02</u>	<u>-463.700,08</u>
15. Sonstige Steuern	1.658,42	1.658,42
16. Jahresfehlbetrag	<u>-1.226.096,44</u>	<u>-465.358,50</u>

Abschließender Vermerk der GPA NRW

Die GPA NRW ist gemäß § 106 GO NRW gesetzlicher Abschlussprüfer des Kultur- und Veranstaltungsbetriebes Velbert. Zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung zum 31.12.2016 hat sie sich der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BPG Beratungs- und Prüfungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, bedient.

Diese hat mit Datum vom 16.11.2017 den nachfolgend dargestellten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebs Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert, Velbert, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 106 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Die GPA NRW hat den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BPG Beratungs- und Prüfungsgesellschaft mbH ausgewertet und eine Analyse anhand von Kennzahlen durchgeführt. Sie kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

Der Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers wird vollinhaltlich übernommen. Eine Ergänzung gemäß § 3 der Verordnung über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen (JAP DVO) ist aus Sicht der GPA NRW nicht erforderlich.

Herne, den 05.03.2018
GPA NRW
Im Auftrag

Matthias Middel

Gem. § 26 Abs. 3 EigVo und § 3 (5) JAP DVO wird der Jahresabschluss zum 31.12.2016 mit dem vorstehenden Bestätigungsvermerk veröffentlicht.

Velbert, den 09.04.2018

Der Bürgermeister
gez. Lukrafka

Der Jahresbericht und der Lagebericht des **Kultur- und Veranstaltungsbetriebes Velbert** für das **Geschäftsjahr 2016** ist bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses im

Forum Niederberg / Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert – Verwaltung
42551 Velbert, Oststr. 20
mo. – fr. 9.00 – 14.00 Uhr

einzusehen.

Öffentliche Zustellung

Uwe Kämpfer, geb. 15.05.1974, letzte bekannte Anschrift Schädestr. 13, 06712 Zeitz wird hiermit eine Mitteilung nach § 7 des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) vom 19.04.2018 öffentlich zugestellt. Das Schriftstück kann im Verwaltungsgebäude Friedrichstr. 79, 42551 Velbert, Zimmer 103 eingesehen werden.

Diese Zustellung erfolgt gemäß § 10 des Landeszustellungsgesetzes vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94/SGV NRW 2010) in der derzeit geltenden Fassung.

Velbert, den 19.04.2018

Der Bürgermeister
Im Auftrag
gez. Maurer, (Abteilungsleiter)

Öffentliche Ausschreibungen

Die Stadt Velbert und die Technischen Betriebe Velbert AöR schreiben folgende Arbeiten aus:

- Beschaffung von zwei Rettungswagen
- Austausch und Erstellung von Alu-Glas-Türanlagen, Rauch- und Brandschutztüren
- Brandschutzsanierung und Netzwerkausbau, Elektroarbeiten

Die Bekanntmachungstexte können im Internet unter www.velbert.de eingesehen werden.

Sitzungsplan der Rats- und Ausschusssitzungen
unter dem Vorbehalt von Änderungen:

Dienstag,	08.05., (16.30 Uhr)	Haupt- und Finanzausschuss - Nichtöffentliche Sitzung – (Rathaus, Saal Velbert)
Dienstag,	08.05.,	R a t d e r S t a d t (Rathaus, Saal Velbert)
Mittwoch,	15.05.,	Kulturausschuss (Rathaus, Saal Velbert)
Donnerstag,	17.05.,	Gemeinsame Sitzung Sozialausschuss und Jugendhilfeausschuss) (Rathaus, Saal Velbert)
Donnerstag,	17.05., (ab 18.00 Uhr)	Jugendhilfeausschuss (Rathaus, Saal Velbert)
- Pfingstferien 21.05. – 25.05.2018 -		
Dienstag,	29.05.,	Bezirksausschuss Velbert-Neviges (Feuerwache Velbert-Neviges)
Mittwoch,	30.05.,	Bezirksausschuss Velbert-Langenberg (Bürgerhaus Langenberg)
Mittwoch,	06.06., (bisher 05.06.)	Bezirksausschuss Velbert-Mitte (Rathaus, Saal Velbert)
Mittwoch,	06.06.,	Ausschuss f. Wirtschaftsförderung und Stadt- Marketing (Villa Berninghaus, Höferstraße 37, Velbert))
Donnerstag,	07.06.,	Ausschuss für Schule und Bildung (Rathaus, Saal Velbert)
Dienstag,	12.06.,	Umwelt- und Planungsausschuss (Rathaus, Saal Velbert)
Donnerstag,	14.06. ,	Ausschuss für Sport, Freizeit und Tourismus (Rathaus, Saal Velbert)
Dienstag,	19.06.,	Haupt- und Finanzausschuss (Rathaus, Saal Velbert)
Donnerstag,	21.06.,	Integrationsrat (Rathaus, Saal Velbert)
Donnerstag,	28.06.,	Verwaltungsrat TBV AöR (Sitzungssaal, Am Lindenkamp)